

# ***LandInForm***

**4/2015**

**AUSZUG**

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

[dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)

[www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

# Gras wird zu Kunststoff und mehr

Die Produktion nachwachsender Rohstoffe für die Bioenergiegewinnung findet hauptsächlich auf dem Acker statt. Ein Unternehmen im hessischen Odenwald geht neue Wege, es verbindet die Herstellung von Kunststoff, Dünger und Dämmstoffen mit der Bioenergieerzeugung. Gebraucht wird dafür vor allem eines: genügend Gras. [VON NATASCHA ORTHEN]

Extensive, artenreiche Grünlandflächen haben durch die fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgenommen. Gras hat gegenüber anderen Nutzpflanzen an Wert verloren, und viele Landwirte können das Mähgut im eigenen Betrieb nicht mehr verwerten. Für das hessische Unternehmen Biowert aber ist Gras der substanzielle Rohstoff der Produktion. Es verarbeitet Mähgut in einem Kreislaufsystem zu Kunst- und Dämmstoff, Dünger und Strom und unterstützt dabei indirekt den Erhalt von Grünlandflächen.

„Wir sind immer noch Pioniere“, sagt Michael Gass über sein Unternehmen Biowert, das er seit 15 Jahren in der Schweiz und in Deutschland führt. In Brensbach im Odenwald errichtete er 2005 die weltweit einzige Grasfabrik. Hier werden die Ideen, die aus dem Schweizer Unternehmenszweig kommen, von derzeit 15 Mitarbeitern in die Praxis umgesetzt und weiterentwickelt. Das Unternehmen ist eigenfinanziert, denn die Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten oder Universitäten findet Michael Gass zu wenig praxisorientiert.



Die Produktion in der Grasfabrik ist ein geschlossener Kreislauf.

Mittlerweile arbeitet Biowert mit sieben Landwirten im Odenwald zusammen und verarbeitet derzeit pro Jahr rund 5 000 Tonnen Gras von etwa 70 Hektar Grünlandfläche.

## Kreislaufprinzip

Die Grasfabrik ist so konzipiert, dass die Rohstoffe in einem Kreislaufverfahren verwertet werden, so dass weder Abwässer noch sonstige Abfälle entstehen. Der Ressourcenverbrauch begrenzt sich also auf ein Minimum.

Das Gras, überwiegend sogenanntes Wiesengras, wird in einem Silo aufgeschichtet, verdichtet und luftdicht abgedeckt, sodass der Gärprozess beginnen kann. Aus der so gewonnenen Silage wird in der Bio Raffinerie in einem nächsten Schritt die Zellulose aus dem Gras gelöst und getrocknet. Dies geschieht nur mit Wasser und Wärme, ohne chemische Zusätze. Aus den gewonnenen Fasern wird durch die Zugabe eines Flammschutzmittels der Dämmstoff AgriCell hergestellt, der ausschließlich aus Zellulose besteht. Da er feuchtigkeitsregulierende Eigenschaften besitzt, wird er in Innenräumen verwendet.

Die Fasern können auch mit Recycling-Kunststoff oder biologisch abbaubarem Kunststoff gemischt und zu einem ressourcenschonenden Kunststoffgranulat, genannt AgriPlast, verarbeitet werden. Das Granulat besteht zu 75 Prozent aus Grasfasern und ist dadurch etwa ein Viertel leichter als herkömmliche, glasfaserverstärkte Kunststoffe, was beim Transport Energie spart. Zudem besitzt das Material eine lange Haltbarkeit und kann so den Rohstoffverbrauch bei der herkömmlichen Kunststoffherstellung reduzieren. Aus AgriPlast werden beispielsweise Terrassendielen und Übertöpfe für Blumen sowie Becher hergestellt.

## Schnittzeitpunkt ist wichtig

Nicht jedes Gras ist für den Produktionskreislauf der Biowert-Grasfabrik geeignet. Wiesengras gibt es in der Region rund um Brensbach jedoch zur Genüge. Die Landwirte müssen allerdings einen bestimmten



Das Kunststoffgranulat AgriPlast besteht überwiegend aus Grasfasern.

Schnittzeitpunkt einhalten. Wird nämlich erst nach dem Rispenziehen, also nach dem Austreiben, gemäht, verhornt die Zellulose des Grases. Eine Kombination aus einem hohen Gehalt an Alpha-Zellulose und einer geringen Menge Lignin im Gras ist für die Kunststoffherstellung aber unbedingt notwendig. Denn als sogenannte Biopolymere ersetzen sie die in der konventionellen Kunststoff-Herstellung verwendeten chemischen Polymere. Zudem muss das Gras bei der Lieferung noch lose sein.

Das verwendete Wiesen gras stammt überwiegend von Flächen, die im Rahmen einer freiwilligen Verpflichtung, etwa dem Vertragsnaturschutz- oder Kulturlandschaftsprogramm, aus der Produktion genommen und stillgelegt wurden. Um den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand dieses Grünlands zu erhalten, ist vertraglich festgelegt, dass der Landwirt die Fläche einmal im Jahr mäht und das Mähgut abfährt. In der Grasfabrik von Michael Gass wird das gemähte Wiesen gras dann mit 30 Prozent Weidelgras aus Ackergrasanbau gemischt, um bei Faserlänge und -festigkeit eine konstante Qualität zu erhalten. Der Rohstoff Wiesen gras fällt Jahr für Jahr in großen Mengen an und ist für die herkömmliche Landwirtschaft wegen des niedrigen Futterwertes von geringem Interesse. Fänden die Landwirte für ihr Wiesen gras keinen Abnehmer, würden wohl viele Wiesen aus der Nutzung genommen und verbuschen. Die Artenvielfalt auf den Flächen nähme in der Folge ab.

### Organische Abfälle werden verwertet

Als Nebenprodukt der Fasern entsteht Grasgülle, die gemeinsam mit organischen Abfällen in der Biogasanlage des Unternehmens fermentiert wird. Neben Gras kann die Grasfabrik auch Grünschnittroggen und organische Abfälle aus der Lebensmittelverwertung, wie Speisereste, zur Produktion nutzen. Vor der Verwendung der organischen Abfälle muss laut Gesetz eine Hygienisierung, also eine Abfallvorbehandlung und -aufbereitung, vorgenommen werden. Schlachtabfälle können jedoch nicht verwertet werden.

Die in der Biogasanlage erzeugte Energie wird in einem der zwei unternehmenseigenen Biomasseheizkraftwerken mit je 1,4 Kilowattstunden Leistung in Strom umgewandelt. Diesen Strom nutzt das

Unternehmen entweder selbst oder speist ihn als Ökostrom ins Netz ein. Die Verwertung von Gras in seiner Biogasanlage sieht Michael Gass als „Zukunftsperspektive für den landwirtschaftlichen Bereich“. Früher waren Landwirtschaft und Industrie strikt voneinander getrennt, doch über den Wirtschaftszweig Bioökonomie kommen sie nun zusammen. Auch wenn dies „weit über das hinausgeht, was der Landwirt gewöhnt ist“, da die Grasnutzung nicht mehr allein der Produktion von Tierfutter dient. Michael Gass' Vision ist, in fünf Jahren ein bis zwei weitere Grasfabriken in Europa zu betreiben.

Die bei der Stromerzeugung entstandene Abwärme wird als Prozesswärme zur Trocknung der Fasern direkt in der Grasfabrik genutzt. Schlussendlich bleibt also bei der Produktion außer dem Dünger AgriFer und den Feststoffen, die ebenfalls als Dünger eingesetzt werden, nichts übrig. Der Dünger aus Gras kann schlussendlich auf die Felder der Umgebung ausgebracht werden. „Zuerst mussten wir die Landwirte von unserem Dünger überzeugen“, gibt Michael Gass zu, „wir mussten sie anfangs sogar dafür bezahlen, dass sie den Dünger auf ihren Flächen ausbringen.“ Mittlerweile wird geliefertes Gras mit Dünger verrechnet. Der Kreis schließt sich. ■

### SERVICE:

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus dem LandInForm Spezial zum Thema „Grünlanderhalt“, das im März 2016 erscheinen wird.



**KONTAKT:**  
Dr. Michael Gass  
Biwert Industrie GmbH  
Telefon: 06161 806630  
m.gass@biowert.com  
www.biowert.de



# Deutsche Steppen

Ein LIFE-Projekt hat sich von 2009 bis 2015 der „Erhaltung und Entwicklung der Steppenrasen Thüringens“ gewidmet und erfolgreich Strategien zur langfristigen Sicherung entwickelt. [VON SIMON KEELAN]

Bei dem Begriff „Steppe“ erscheinen die weitläufigen baumlosen Graslandschaften Osteuropas und Asiens oder die Prärie in Nordamerika vor dem geistigen Auge. Doch auch in Deutschland gibt es sie, zwar eher kleinräumig, aber von besonderer Bedeutung für Naturschutz und Artenvielfalt. Federgräser, Große Graslinie und Frühlings-Adonisröschen sind nur einige botanische Highlights der Steppenrasen Thüringens, die man isoliert auf Hügeln und Kuppen in der Landschaft des Thüringer Beckens, rund um Erfurt, findet. Früher waren sie auch auf den fruchtbaren Schwarzerden verbreitet, die heute in aller Regel ackerbaulich genutzt werden. Allein aufgrund der Seltenheit des Biotops sind angepasste Tier- und Pflanzenarten wegen geringer Verbreitungsmöglichkeiten potenziell gefährdet. Hinzu kommt die Aufgabe traditioneller Bewirtschaftungsmethoden, wie die Beweidung durch Schafe und Ziegen.

Das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz hat sich mit dem LIFE-Projekt „Erhaltung und Entwicklung der Steppenrasen Thüringens“ in 14 Projektgebieten dafür eingesetzt, dieses Naturerbe zu bewahren. Gleichzeitig sollten die Beweidbarkeit der Flächen verbessert und gezielte Artenschutzmaßnahmen umgesetzt sowie Biotope, die nicht mehr genutzt wurden oder verbuscht waren, wiederhergestellt werden.

## Weniger Schäfer in Deutschland

Dass die Schafhaltung in Deutschland aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Aussichten zurückgeht, ist weitgehend bekannt. Auch dass Schaffleisch und -wolle weniger nachgefragt werden, überrascht nicht. In erster Linie erbringen Schäfer eine Landschaftspflegeleistung, um die Kulturlandschaft zu erhalten. Häufig ist das nur über Fördermittel möglich. Eine Besonderheit des LIFE-Projekts war es, die Naturschutzziele über die Küche zu vermitteln. Mit der Regionalmarke „Weidewonne“ wurde eine Basis geschaffen, den regionalen Naturschutz über

regionale Produkte zu vermarkten und den Schäfern eine wirtschaftliche Perspektive zurückzugeben.

## Ergebnisse

Über das Projekt wurden Maßnahmen auf über 350 Hektar durchgeführt: angefangen von der Erstpflege, beispielsweise der Entfernung von Gehölzen, dem gesteuerten Brandmanagement besonders verfilzter Flächen und der Beseitigung von Ablagerungen, bis hin zur Bereitstellung von Weidezubehör wie Zäune, Tränke und Weideunterstände, um die Weidesituation der isolierten Biotope zu verbessern.

Zur Strategie gehörte ebenso, naturschutzfachlich besonders wertvolle Flächen zu erwerben und über Grundbucheintragungen in Kombination mit langfristigen Pachtverträgen für den Naturschutz zu sichern. Begleitet wurde das Projekt außerdem durch umfassende Veröffentlichungen wie einem Tagungsband, Broschüren, einem Flyer und einem Film über die deutschen und europäischen Steppenlandschaften.

Die Projektgruppe ist sich sicher, dass sich die empfindlichen Biotope trotz der großen Anstrengungen im Projekt langfristig nur erhalten lassen, wenn sich die wirtschaftliche Situation der Schäfer über die Produktvermarktung von Fleisch und Wolle verbessert und die Schäfereien weniger auf Fördermittel angewiesen sind. Dies erfordert auch eine weitere Sensibilisierung der Bevölkerung für die Leistungen von Schäfern und Schafen. ■

## SERVICE:

Die Regionalmarke „Weidewonne“ wird ausführlich im LandInForm Spezial zum Thema „Wertschöpfungskette Fleisch“ vorgestellt, das im Dezember 2015 erschienen ist.



**KONTAKT:**  
Thüringer Ministerium für Umwelt,  
Energie und Naturschutz  
Telefon: 0361 37900  
poststelle@tmuen.thueringen.de  
www.steppenrasen.thueringen.de



# Carsharing auf dem Dorf

Die weiten Wege auf dem Land zwingen viele Familien zur Anschaffung von Zweit- und Drittautos. Das unterfränkische Dorf Gnötzheim möchte die Umwelt entlasten: mit einem gemeinsamen Dorfauto.

[VON UWE STRADTNER]

Carsharing ist nur etwas für die Stadt? Nein, dachten sich viele Gnötzheimer Bürger, als der örtliche Bauernverband vor einigen Jahren die Idee von einem Gemeinschaftsauto für die Dorfbewohner verbreitete. Inzwischen nutzt das 280-Seelen-Dorf Gnötzheim im Landkreis Kitzingen das Dorfauto schon im fünften Jahr. Die Trägerschaft übernahm die evangelische Kirchengemeinde, die sich in der Verantwortung sieht, die Schöpfung zu bewahren, und mit dem Dorfauto einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten möchte.

## Finanzierung aus mehreren Kanälen

Bevor die Gnötzheimer im Oktober 2011 mit der Umsetzung des Projekts begannen, wurden ein Projektausschuss und -vorstand sowie ein technischer Leiter bestimmt. Die Planungen und das Sammeln von Spenden dauerte ein halbes Jahr. Schließlich wurde ein Kleinwagen erworben und zu zwei Dritteln mit Spenden, zu einem Drittel mit Kreditmitteln finanziert. Örtliche Sponsoren brachten ihre Werbung auf dem Fahrzeug an und zahlten einen einmaligen Betrag als Grundstock für die laufenden Kosten. Die Gemeinde stellte einen Parkplatz in der Ortsmitte zur Verfügung, und an alle Haushalte des Ortsteils wurden Werbeflyer verteilt.

## Einfache Handhabung in der Nutzung

Die Bedingungen für die Nutzung des Dorfautos sind einfach: Wer mitmachen will, unterschreibt einen Nutzervertrag und hinterlegt 200 Euro Kautions. Dafür bekommt der Nutzer Zugang zum Autoschlüsseltresor. Im Internetkalender kann er sich anmelden und nachsehen, wann das Dorfauto frei ist. Alternativ kann die Buchung telefonisch über eines der Ausschussmitglieder erfolgen. Am Ende der Fahrt trägt sich der Nutzer handschriftlich ins Fahrtenbuch ein. Ein in der Kirche engagiertes Ehepaar hat ehrenamtlich die Aufgabe übernommen, alle zwei Monate abzurechnen und die Lastschriften zu beauftragen. Das Konto führt die kirchliche Verwaltungsstelle. Berechnet werden 20 Cent pro Kilometer und zwei Euro pro Stunde, für junge Erwachsene bis 24 Jahre nur ein Euro pro Stunde. Nachts zwischen 22 und 6 Uhr wird kein Stundentarif berechnet. Die Gebühren dienen dazu, die laufenden Kosten wie Steuer, Versicherung, Wartung und Benzin zu decken.



Uwe Stradtner (rechts) und Hadi Nauwrozi, der bald 18 wird und sich schon auf das Dorfauto freut.

## Herausforderungen in der Praxis

Von Anfang an war das Dorfauto Gnötzheim eine unerwartete Sensation in der öffentlichen Wahrnehmung. Zeitungen, lokale Radio- und Fernsehstationen gaben sich die Klinke in die Hand. Besonders die Trägerschaft der Kirche machte großen Eindruck.

Die Erfahrungen nach vier Jahren Dorfauto in Gnötzheim zeigen aber, dass das Carsharing auf dem Land aufgrund der Mobilitätsgewohnheiten der Bevölkerung nicht leicht umzusetzen ist. Die laufenden Kosten sind durch die Nutzungsgebühren zwar gedeckt, aber es wird nicht gelingen, Rücklagen für die Neuanschaffung eines Nachfolgefahrzeugs zu bilden. Das Projekt Dorfauto wird noch einige Zeit weiterlaufen; für einen dauerhaften Betrieb mit mehr Nutzern muss es aber anders ausgerichtet werden.

## Nachbardorf lernt aus den Erfahrungen in Gnötzheim

Aufgrund dieser Erkenntnisse ist die Carsharing-Initiative eines Nachbarorts einen anderen Weg gegangen: Anstelle eines Kleinwagens wurde ein Kleinbus mit neun Sitzplätzen angeschafft, der gegenüber den privaten PKWs den Vorteil hat, dass er auch von größeren Gruppen genutzt werden kann, etwa für Ausflüge. Das erhöht die Zahl der Nutzer deutlich, die Anzahl der Buchungen ist im Vergleich zum Gnötzheimer Dorfauto aber nicht höher. Deshalb wird der Bus an drei Vormittagen pro Woche an die Gemeinde verliehen und fährt im Bürgerbus-Linienverkehr. Das macht zwei Drittel der Einnahmen aus und ermöglicht eine Rücklagenbildung. ■



**KONTAKT:**  
Uwe Stradtner  
Evangelisch-Lutherisches  
Pfarramt Gnötzheim  
Telefon: 09339 252  
uwe.stradtner@elkb.de

# Meine Gemeinde – Heimat für alle

Eine Initiative im Oberallgäu hat sich das Ziel gesetzt, allen Menschen in der Region eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen: durch Schulungen, Kommunikation und vor allem durch Vernetzung.

[VON SABINE WEIZENEGGER UND ARMIN RUF]

Im Jahr 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ratifiziert und das Thema Inklusion hat seitdem an Schubkraft gewonnen. Es geht darum, allen Menschen, denen Anerkennung und Unterstützung fehlt, die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen: Menschen mit geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen, Bürgern mit Migrationshintergrund und Asylsuchenden, aber auch Alleinstehenden, Senioren, Jugendlichen und Familien. Dabei soll Inklusion nicht nur strukturell umgesetzt werden, sondern auch „in den Seelen Resonanz finden.“ Die Initiative „Meine Gemeinde – Heimat für alle?!“ will den sperrigen Begriff Inklusion verständlich machen und konkrete Handlungs- und Denkprozesse in den Kommunen des Oberallgäus sowie der Stadt Kempten aufzeigen.

## Eine Initiative

Bei ersten Informationsveranstaltungen im Frühjahr 2012, die der Caritasverband Kempten-Oberallgäu mit Vertretern der Kommunen und Kirchen durchführte, wurde deutlich, dass die komplexe Frage, wie Inklusion umgesetzt werden kann, eine fundierte fachliche Begleitung und ortsnahe Verankerung braucht. In einem neu gegründeten Initiativkreis entwickelten unter anderem die Behinderten-, Integrations- und Seniorenbeauftragten des Landkreises, eine kommunale Familienbeauftragte sowie die Jugendsozialarbeiterin der Gemeinde Dietmannsried die Projektidee. Die Vision: Alle Menschen sollen ihr Leben und ihren Lebensraum frei gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können; sie haben eine gleichberechtigte Chance, ihr eigenes Leben und das einer offenen Bürgergesellschaft mitzugestalten, und sie erhalten freien Zugang zu den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen

und politischen Angeboten der Gesellschaft in ihrer Gemeinde. Im Sommer 2013 trat der Caritasverband mit der Projektidee an die LEADER-Geschäftsstelle der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Regionalentwicklung Oberallgäu e.V. heran.

## ... findet Unterstützung

Die LAG ist seit 2003 aktiv. Von ursprünglich fünf auf heute 27 Gemeinden gewachsen, hat sie zahlreiche Projekte angestoßen, über die rund 5,8 Millionen Euro Fördergelder in die Region geflossen sind. Der Schwerpunkt lag vor allem auf der regionalen Wertschöpfung. Der größte Teil der Projekte war im Tourismus angesiedelt, während die Aktivitäten im sozialen Bereich bislang eher verhalten gewesen waren. Insbesondere die Bürgermeister hatten befürchtet, dass bei sozialen Projekten der für LEADER unabdingliche Aspekt der Innovation zu kurz käme, da zu viele Pflichtaufgaben finanziert werden müssten. Doch nun waren verschiedene Entwicklungen absehbar – der demografische Wandel, die Zunahme von Demenzerkrankungen, die Migration –, für die die LAG neue Lösungen finden muss. So fand der Projektantrag schnell eine große Resonanz im Vorstand der LAG. Auch bei einigen Bürgermeistern wuchs das Interesse – vielleicht aufgrund der Tatsache, dass im Sommer 2013 einige Gemeinden erstmals Flüchtlinge zugeteilt bekamen. Damit standen sie plötzlich vor ganz neuen Fragestellungen: Wie wird die Bevölkerung die Asylbewerber aufnehmen und wie kann eine Integration gelingen? Wie werden ganz alltägliche Probleme, wie Behördengänge, Arztbesuche und Sprachbarrieren, gelöst? Der Projektantrag wurde schließlich in einem Umlaufverfahren beschlossen, bereits im November 2013 konnte der Zuwendungsbescheid als einer der letzten

der auslaufenden Förderperiode erteilt werden. Fördermittel in Höhe von 24.850 Euro, 50 Prozent der Projektsomme, standen nun für Koordination, Schulungen, Redaktion und technische Umsetzung einer Internetplattform sowie für Öffentlichkeitsarbeit, Sach- und Fahrtkosten zur Verfügung.

## Inklusionsmelder

Das LEADER-Projekt setzt auf zwei Maßnahmen. Zum einen werden soziale Knotenpunkte aufgebaut: Dabei handelt es sich jeweils um eine Art Arbeitskreis aus verschiedenen Multiplikatoren, die ihr Wissen, das sie bei Schulungen erhalten, an andere Mitbürger weitergeben. Zum anderen wurde der Inklusionsmelder eingerichtet – ein Online-Angebot auf der bestehenden Webseite [www.heimatfueralle.de](http://www.heimatfueralle.de), das Informationen zu Angeboten und zu Beispielen guter Praxis bündelt. Unter dem Button „Ort melden“ öffnet sich ein Formular, in dem Inhalte zu den Rubriken „Arbeit“, „Barrierefrei“, „Bildung“, „Freizeit“, „Kultur“, „Mobilität“, „Versorgung“ und „Wohnen“ eingetragen werden können. Dabei kann es sich um ganz unterschiedliche Initiativen handeln: Eine Jugendblaskapelle meldet, dass bei ihren Konzerten Menschen mit körperlichem Handicap mitspielen. Oder eine türkische Familie beschreibt die Möglichkeiten, in ihrer Heimatstadt Unterstützung bei der Erledigung von Hausaufgaben zu erhalten. Eine Online-Redaktion schaltet die geprüften und gegebenenfalls überarbeiteten Einträge zeitnah frei. Mit der steigenden Zahl an Flüchtlingen im Oberallgäu und deren Unterstützern wurde zusätzlich die Themenseite „Asyl“ eingerichtet. Sie informiert über Kontaktpersonen und Wissenswertes, vermittelt Schulungen, empfiehlt Handbücher und kommuniziert Termine.



1 Afrikanische Djembe und bayerisches Brauchtum: Die Trommelgruppe aus Immenstadt verbindet Kulturen durch Musik.



2 Starkes Netz für eine starke Region: Die Mitglieder des Initiativkreises haben sich viel vorgenommen und können sich dabei auf die gegenseitige Unterstützung verlassen.

3 Der digitale Inklusionsmelder: [www.heimatfueralle.de](http://www.heimatfueralle.de)

Anfangs stammten die Informationen des Inklusionsmelders vornehmlich von den Mitgliedern des Initiativkreises, inzwischen beteiligen sich zunehmend weitere Institutionen und interessierte Bürger. Nachdem das Online-Angebot bei der „Allgäuer Festwoche“ – einer regionalen Publikumsmesse – vorgestellt worden war, kamen allein in den beiden Folgemonaten 35 neue Einträge hinzu. Im Rahmen einer Evaluation wird derzeit ermittelt, wie der Inklusionsmelder akzeptiert wird. Eine Vielzahl von Anfragen und positiven Rückmeldungen lassen auf den Erfolg hoffen: „Sie haben uns beim Zurechtfinden der vielen Aufgaben sehr geholfen!“ oder „Ich wusste gar nicht, dass dies in meinem Ort möglich ist“ sind Beispiele für typische Einträge. Langfristiges Ziel ist es, eine Datenbank mit jährlich 100 neuen Inklusionsmeldungen zu erstellen.

### Rückblick und Ausblick

Die Initiative „Meine Gemeinde – Heimat für alle?!“ bringt bestehende kommunale Gremien, Beiräte und Beauftragte miteinander in Verbin-

dung und unterstützt die Bürgerbeteiligung, ein zentraler Aspekt in LEADER. Gerade in der Vernetzung der Asyl-Unterstützernetze – darin engagieren sich über 1000 Freiwillige im Oberallgäu und 400 in der Stadt Kempten – zeigt sich, welche soziale Energie vorhanden ist. Ehrenamtliche brauchen aber professionelle Unterstützung, um das Potential ihres Engagements zielgerichtet einzusetzen. Eine Schlüsselrolle können dabei die Beauftragten in den Kommunen einnehmen. Insbesondere im Bereich der interkommunalen Kommunikation besteht weiterhin Vernetzungsbedarf. Der Initiativkreis spricht sich für eine professionelle Begleitung von kommunalen, sozialen Prozessen aus: Engagierte Profis sind gefragt, die interkommunal arbeiten und über Kooperationen finanziert werden können. Eine professionelle Zusammenarbeit zwischen kommunalen Entscheidungsträgern und dem sozialräumlichen Wissen von Wohlfahrtsverbänden kann effektive Ergebnisse ermöglichen: Mit der richtigen Verknüpfung von gebün-

deltem Know-how und sozialer Energie können 100 Prozent Engagement in 80 Prozent Wirksamkeit münden.

Mit dem Projekt versteht sich das Allgäu als lernende Region, in der sich öffentliche und gemeinnützige Träger sowie Privatinitiativen untereinander vernetzen. Die Erkenntnisse dieser Kooperation und auch der Ehrenamtskoordination können für künftige soziale Fragestellungen im Allgäu genutzt, aber auch auf andere Regionen übertragen werden. ■



**KONTAKT:**  
Dr. Sabine Weizenegger  
LAG Regionalentwicklung Oberallgäu e.V.  
Telefon: 08373 29914  
[weizenegger@regionalentwicklung-oa.de](mailto:weizenegger@regionalentwicklung-oa.de)  
[www.regionalentwicklung-oa.de](http://www.regionalentwicklung-oa.de)

Dr. Armin Ruf  
Caritasverband Kempten-Oberallgäu e.V.  
Telefon: 0831 960880-23  
[armin.ruf@caritas-kempten.de](mailto:armin.ruf@caritas-kempten.de)  
[www.caritas-allgaeu.de](http://www.caritas-allgaeu.de)



# Auf dem Land bewegt sich was

Wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge lassen sich nur erhalten, wenn die Menschen sie auch erreichen können. Im ländlichen Raum wird dies auf Dauer nur mit einem Mix aus öffentlicher, privater und bürger-schaftlicher Initiative funktionieren. [VON JANA HOYMANN]

Mobilität ist das Bindeglied der Daseinsvorsorge. Sie ermöglicht es den Menschen, Versorgungseinrichtungen zu erreichen und sichert zugleich deren Existenz. Die Mobilität vor allem jugendlicher und älterer Menschen zu gewährleisten, stellt ländliche Regionen allerdings vor große Herausforderungen. Sinkende Schülerzahlen und Finanzierungsengpässe im ÖPNV zwingen die Kommunen, alternative, individuelle Lösungen zu entwickeln. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele für Carsharing-Angebote, Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste sowie Mitfahrgelegenheiten, wobei ehrenamtliches Engagement immer wichtiger wird.

Auch für den Brand- und Katastrophenschutz ist das Thema Erreichbarkeit von zentraler Bedeutung. Die freiwilligen Feuerwehren haben bereits heute Probleme, Nachwuchs zu gewinnen. Vor dem Hintergrund des drastischen Bevölkerungsrückgangs wird es für sie immer schwieriger, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Ein Schließen von Standorten jedoch würde die Anfahrtszeiten zu Einsatzorten deutlich erhöhen und könnte im Ernstfall Leib und Leben gefährden.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, unterstützt das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur bundesweit zahlreiche Projekte. Zwei davon werden im Folgenden vorgestellt.

## Saale-Holzland-Kreis setzt auf Carsharing

Der thüringische Saale-Holzland-Kreis stellt den Vereinen und gemeinnützigen Organisationen im Landkreis seit 2014 ein Erdgasfahrzeug zur Verfügung. Nach der einmaligen Registrierung und Unterzeichnung einer Überlassungserklärung können sie das Fahrzeug über ein Buchungssystem im Internet quartalsweise für bestimmte Zeitfenster reservieren. In jedem Quartal findet eine neue Vergaberunde statt, wobei es festgelegte Prioritäten gibt. So werden Sportvereine am Wochenende bevorzugt, Einrichtungen für Senioren, sozial oder mobil Benachteiligte hingegen an den Werktagen. Vereine in Räumen mit geringem ÖPNV-Angebot und größeren zurückzulegenden Distanzen werden gegenüber solchen bevorzugt, die eine bessere ÖPNV-Anbindung haben. Vorrang haben darüber hinaus Organisationen mit Kindern, Senioren oder mobilitätseingeschränkten Personen. Freie Termine können jederzeit kurzfristig vergeben werden. In Kooperation mit den Stadtwerken Eisenberg übernimmt der Landkreis sämtliche Kosten zur Unterhaltung des Fahrzeugs; die Vereine müssen lediglich die mit der Nutzung verbundenen Kosten tragen. Jeder Verein erhält eine Selbstfahrgenehmigung und stellt ehrenamtliche Fahrer. Ein Mitglied des Vereins ist dann verantwortlich für Übernahme, Übergabe inklusive Betankung und Reinigung sowie die Beförderung.

Das Angebot wird gut angenommen: In 72 Einsätzen wurden bisher 24.600 Kilometer zurückgelegt, 20 Vereine nutzen das Fahrzeug.



Für einige Organisationen ist die Distanz zum Ausleihort allerdings zu groß. Damit auch sie den Service künftig nutzen können, sollen langfristig mehrere dezentral stationierte Fahrzeuge für den Landkreis angeschafft werden.

Parallel zum Carsharing-Modell wurde im Rahmen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge und in Zusammenarbeit mit Studenten des Studiengangs „Intelligente Verkehrssysteme und Mobilitätsmanagement“ der Fachhochschule Erfurt für eine Verwaltungsgemeinschaft im Landkreis ein Konzept erarbeitet, um mit



dem gleichen Fahrzeug in Teilregionen an zwei Tagen in der Woche ein Bürgerbus-Angebot zu etablieren. Hierfür soll ein Trägerverein gegründet werden. In Thüringen gibt es hierzu allerdings noch keine Erfahrungen. Zurzeit besteht daher eine wesentliche Aufgabe des Projekts darin, durch den intensiven Kontakt mit den Bürgermeistern und den Menschen vor Ort Interessenten für den Aufbau des Trägervereins oder als ehrenamtliche Fahrer zu gewinnen.

### Herausforderungen bleiben

Neben den genannten projektspezifischen Herausforderungen gibt es weitere, die von vielen ähnlich gelagerten Projekten zu bewältigen sind. Dazu zählen vor allem rechtliche Hürden, denn die Mobilitätsmodelle sollen in der Regel so konzipiert sein, dass sie genehmigungsfrei sind und kein Personenbeförderungsschein erforderlich ist. Zudem können kostenlose Angebote, die zunächst gut zu etablieren



Präventionsarbeit mit Jugendlichen der Oberschule Seelow

sind, meist nicht über die Projektlaufzeit hinaus aufrechterhalten werden. Angebote, die Einnahmen generieren, dürfen wiederum Buslinien und Taxis keine Konkurrenz machen und stehen zudem oft im Konflikt mit dem Personenbeförderungsgesetz. Ehrenamtliche Fahrer, die, anders als im Saale-Holzland-Kreis, ihr privates Fahrzeug zur Verfügung stellen, können in der Regel nur 30 Cent pro Kilometer als Aufwandsentschädigung und für ihre Betriebskosten geltend machen. Dies deckt die tatsächlichen Kosten aber in der Regel nicht ab. Darüber hinaus muss das Angebot beworben werden, um dauerhaft eine ausreichende Anzahl Nutzer zu gewinnen.

Foto: Oderlandregion Stadt Seelow

### Oderlandregion organisiert interkommunalen Brand- und Katastrophenschutz

Mit der Entwicklung eines interkommunalen Konzepts zum Brand- und Katastrophenschutz befasst sich die Oderlandregion östlich von Berlin. Bereits in der „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“, für die 2012 der Startschuss fiel, wurden Szenarien erarbeitet, um die Einsatzbereitschaft mit kleiner werdendem Personalbestand sicherzustellen. Darauf aufbauend wurde von der Projektgruppe ein interkommunaler Gefahrenabwehrbedarfsplan erarbeitet. Der Projektgruppe gehören Amts-, Gemeinde- und Stadtwehrführer, der Kreisbrandmeister, der Landkreis Märkisch-Oderland und die jeweiligen Ordnungsämter an. Durch ein gemeindeübergreifendes Management sollen die regionalen Feuerwehren in der Verwaltung, Nachwuchsgewinnung und Ausbildung unterstützt werden. Zudem wird eine regional abgestimmte Alarm- und Ausrückeordnung erarbeitet. Bauliche Investitionen und Investitionen in den Fahrzeugbestand werden ebenso gemeindeübergreifend koordiniert wie die Ausbildungs- und Präventionsarbeit.

Durch die Alarm- und Ausrückeordnung wird die Einsatzbereitschaft der Wehren in der Region koordiniert. Hier kommt es vor allem darauf an, die Tageseinsatzbereitschaft sicherzustellen, was durch die berufliche Situation der Beteiligten oft schwer ist. Auch der Fahrzeugbestand wird gemeindeübergreifend betrachtet und die Nutzung entsprechend abgestimmt. Dadurch wird die Effizienz erhöht, zudem können gegebenenfalls Ausgaben eingespart werden.

Müsste jeder kommunale Standort die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte weiterhin eigenständig durchführen, wäre das ehrenamtlich tätige Ausbildungspersonal zeitlich stark belastet. Durch eine regionale Koordination werden mehrere Ausbilder mit einem jeweils angemessenen zeitlichen Aufwand eingesetzt. Darüber hinaus wird auf diese Weise ein einheitlicher Ausbildungsstand geschaffen, der vor allem im gemeinsamen Einsatz der Wehren notwendig ist. Im ersten Durchgang der gemeindeübergreifenden Ausbildung zum Truppmann wurden 2015 insgesamt 36 Teilnehmer ausgebildet. Die gemeinsame Ausbildung wird von allen Beteiligten durchweg positiv gesehen und soll von nun an jährlich durchgeführt werden.

### Worauf es ankommt

Damit ein solches Projekt erfolgreich sein kann, ist ein kontinuierliches Engagement aller Akteure notwendig. Dies gilt sowohl für die Beteiligten der Feuerwehren als auch für die Mitarbeiter der Verwaltungen. Entscheidend ist auch das Verständnis für die Bedürfnisse der Nachbargemeinden. Um sicherzustellen, dass individuelle Interessen nicht zu stark in den Vordergrund rücken, sollte ein Gefahrenabwehrbedarfsplan in Zusammenarbeit mit externer Expertise erarbeitet werden. Und nicht zuletzt sollten die Initiatoren nicht vergessen, dass es auch kleine Erfolge wert sind, gewürdigt zu werden. ■



**KONTAKT:**  
Dr. Jana Hoymann  
Bundesinstitut für Bau-,  
Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
Telefon: 0228 99401-2133  
jana.hoymann@bbr.bund.de  
www.bbsr.bund.de  
www.regionale-daseinsvorsorge.de

Anett Tittmann  
RAG Saale-Holzland e.V.  
Telefon: 036693 23090  
info@rag-sh.de  
www.rag-sh.de  
Thomas Drewing  
Stadt Seelow  
Telefon: 03346 802-152  
thomas.drewing@seelow.de  
www.oderlandregion.de

# Heckenmanagement mit Weitblick

Im hessischen Vogelsbergkreis haben zwei Kommunen das alte Prinzip „Erhalt durch Nutzung“ wiederbelebt: Der Abfall aus dem Heckenschnitt wird als Brennstoff verkauft. Das schützt die Ökosysteme, bringt Wertschöpfung in die Region und schont das Klima. [VON EVA MILZ, PETER MOMPER UND LORENZ KOCK]

Freilandhecken prägen und bereichern unsere Kulturlandschaft seit Jahrhunderten. Früher pflanzten Landwirte Hecken als „lebendige Zäune“ um ihre Weiden und nutzten den holzigen Aufwuchs als Einstreu für ihr Vieh oder als Brennstoff. Heute stehen Flächennutzer und Kommunen vor der Herausforderung, Hecken im Sinne des Natur- und Landschaftsschutzes zu erhalten. Denn deren Funktionen sind vielfältig: Hecken dienen als Lebensraum und Nahrungsgrundlage für zahlreiche Insekten, Vögel und Kleinsäuger; sie schützen die Ackerflächen vor Wind und Erosion und spielen eine wichtige Rolle bei der Vernetzung von Biotopen. Überalterte, ungepflegte Hecken sind allerdings in ihren Funktionen eingeschränkt. Sie verkahlen von unten, hochwachsende Arten setzen sich durch, Artenvielfalt und Blühfreudigkeit lassen nach. Hecken sollten deshalb aus naturschutzfachlicher Sicht alle 10 bis 15 Jahre abschnittsweise „auf den Stock gesetzt“, also etwa 30 Zentimeter über dem Boden waagrecht abgeschnitten werden. Bereits im folgenden Frühjahr treiben sie dann verjüngt wieder aus.

## Strukturen im Vogelsbergkreis

Die Offenlandschaften des Vogelsbergkreises sind geprägt von kilometerlangen Hecken. Die Heckenpflege der Kommunen Lautertal und Ulrichstein konzentrierte sich in der Vergangenheit vor allem darauf, das sogenannte Lichtraumprofil der Wege und Straßen freizuhalten. Gleichzeitig wuchsen an anderer Stelle Hecken in Flächen ein und behinderten die landwirtschaftliche Nutzung. „Eigentümer und engagierte Jagdgenossenschaften kommen mit der Heckenpflege nicht nach, und wir als Kommune haben nur einen begrenzten finanziellen Spielraum“, sagt Lautertals Bürgermeister Heiko Stock. Er und sein Amtskollege Edwin Schneider aus Ulrichstein entschlossen sich deshalb dazu, an einem zweijährigen Pilotprojekt teilzunehmen. Dessen Ziel war es zu prüfen, inwieweit eine naturschutzgerechte Heckenpflege über den Verkauf der dabei anfallenden Holzhackschnitzel für die energetische Nutzung finanziert werden kann. Eine solche Nutzung würde sowohl einen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft als auch zum Klimaschutz leisten. Initiiert wurde das Projekt vom Netzwerkmanagement der „Bioenergieregion Mittelhessen“ – einer von bundesweit 21 Modellregionen, die vom Bundesministerium für Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von 2009 bis 2015 gefördert wurden.

## Naturschutzgerecht umgesetzt, professionell kommuniziert

Mit Hilfe von Luftbildern wurden im Vogelsbergkreis zunächst die wichtigsten Heckenmerkmale und Beeinträchtigungen, zum Beispiel Zäune, kartiert sowie der empfohlene Pflegezeitraum festgelegt. Insgesamt wurden in den beiden Kommunen Daten zu über 470 Gehölzstrukturen mit einer Länge von insgesamt 84 Kilometern erfasst und digitalisiert. Den größten Anteil machen mit 45 Prozent Baumhecken aus, gefolgt von Hochhecken und Niederhecken. In den Wintern 2013/14 und 2014/15 wurden in Abstimmung mit Eigentümern und Flächennutzern Heckenabschnitte zum „Auf-den-Stock-Setzen“ ausgewiesen – in Abschnitten von 30 bis 50 Metern, damit Tierarten nicht zu große Teile ihres Lebensraums auf einmal verlieren. Auch prägende Einzelbäume, besondere Arten sowie als Nisthöhle genutzte Bäume blieben vom Schnitt unberührt. Die Aufträge zum Heckenschnitt wurden über eine Ausschreibung an regionale Unternehmen vergeben.

Im Laufe des Projekts zeigte sich, dass potenzielle Interessenkonflikte, etwa Fragen zum Abbau von Zäunen sowie rechtliche Fragen bei eventuellen Schäden, möglichst im Vorfeld geklärt werden müssen. Da die Arbeiten stark von den Witterungsbedingungen abhängig sind, kann es beispielsweise leicht zu Verzögerungen kommen, wenn Bodenfrost ausbleibt und Flächen oder unbefestigte Wege nicht befahren werden können. Die Landnutzer wiederum brauchen Planungssicherheit und müssen wissen, wann ihre Flächen freigeräumt sein werden. Einzelne Akteure haben mitunter Bedenken darüber geäußert, dass ihr traditionell privat genutztes Holz nun anderweitig vermarktet werden soll. Bei all diesen Aspekten hat sich gezeigt: Eine verbindliche Kommunikation, auch zwischen Landschaftspflegeunternehmen und Landnutzern, ist das A und O für das Gelingen einer großflächigen Heckenpflege. Ebenso sollte die Öffentlichkeit im Vorfeld über den Nutzen der Maßnahmen informiert werden. Im Rahmen des Pilotprojekts wurde beispielsweise in beiden Kommunen ein „Heckentag“ durchgeführt, bei dem interessierte Bürger, Naturschützer und Landwirte sowie Vertreter von Kommunen und Behörden, Unternehmen und Organisatoren miteinander ins Gespräch kamen.



### Wie rechnet sich das Ganze?

Bislang war das bei der Heckenpflege anfallende Schnittholz für Kommunen stets ein Problem, das entsorgt werden muss. Dabei haben Holzhackschnitzel (HHS) als Heizmaterial mittlerweile einen Marktwert. Je nach Qualität kann ein Kilometer Heckenschnitt jährlich etwa 2300 Liter Heizöl ersetzen – genug Wärme für einen Durchschnittshaushalt. Damit werden sechs Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Hackschnitzel aus Heckenschnitt sind allerdings sehr heterogen zusammengesetzt und müssen den Anforderungen der jeweiligen Öfen entsprechend teilweise aufbereitet und mit herkömmlichen HHS gemischt werden.

Wie kostengünstig eine Heckenpflege erfolgen kann, hängt entscheidend vom Ertrag und den Bedingungen vor Ort ab. Je höher der Baumanteil, desto höher ist in der Regel der Heizwert des Materials. In der Pilotregion beispielsweise war der Anteil an Hoch- und Baumhecken hoch, sodass im Schnitt aus 100 Metern Hecke 35 Schüttraummeter (srm) HHS erzeugt werden konnten, bei einer Spanne von zehn bis 70 srm je 100 Meter. Dabei gilt es, möglichst geeignete Mischungen – so genannte Lose – aus der naturgemäß großen Variabilität der verschiedenen Heckentypen zusammenzustellen. Ein weiterer Faktor ist der Marktpreis für Holzhackschnitzel, der wiederum vom Ölpreis beeinflusst wird. Bei einem angenommenen Durchschnittspreis von zehn Euro je Schüttraummeter Hackschnitzel darf beispielsweise nach den Projekterfahrungen der Pflegeeinsatz nicht mehr als 210 Euro je 100 Meter Hecke kosten.

Einzelne Faktoren wie schlechte Befahrbarkeit, das Vorliefern an einen Weg, notwendige Handarbeiten oder Beeinträchtigungen wie vorhandene Zäune, müssen als erhöhte Kosten für den Schnitt berücksichtigt werden. Zudem muss die Arbeit eines Heckenmanagers finanziert werden. Seine Aufgabe ist es, Maßnahmen zu koordinieren, sinnvolle Lose zu bündeln und Eigentümern, Bürgern, Unternehmen und Interessengruppen als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

### Vorbildcharakter

Die Bürgermeister von Lautertal und Ulrichstein sind sich einig, dass sie das Heckenmanagement auf jeden Fall fortführen wollen: „Die Wege sind besser befahrbar, und auch die Landwirtschaft profitiert. Das ländliche Erscheinungsbild wird attraktiver, was auch für den Tourismus wichtig ist“, zieht Heiko Stock sein Fazit. Und nicht nur das: Durch die Nutzung der Holzhackschnitzel als Energieträger verringern sich die Pflegekosten, zudem profitieren die mit der Landschaftspflege beauftragten Unternehmen. „Insgesamt steigt die Wertschöpfung in der Region.“

In Marburg-Biedenkopf, einer benachbarten Partner-Bioenergie-Region, wurde bereits ein ähnliches Vorhaben auf den Weg gebracht. Sieben mittelhessische LEADER-Regionen haben eine Kooperation angebahnt, um zu prüfen, inwieweit sich ein Heckenmanagement auch in ihren Regionen umsetzen lässt. Über eine solche Kooperation könnte beispielsweise die Arbeit eines Heckenmanagers finanziert werden. ■



KONTAKT:  
Eva Milz  
Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS)  
Telefon: 069 9726683-16  
milz@ifls.de  
www.bioenergie-region-mittelhessen.de